



Städte in Trümmern - die Menschen fliehen

60 Mio. Menschen waren auf unserem Planeten im letzten Jahr auf der Flucht und sind es immer noch. Vor Krieg, Gewalt, Tod, Zerstörung, Hunger, Verfolgung. In 2016 wird es kaum besser werden. Der Westen und nun auch Russland führen „Krieg gegen den Terror“, vorgeblich auch um Fluchtursachen zu beseitigen - als ob damit in den letzten Jahrzehnten auch nur eine Krise hätte wirksam beendet werden können. Im Gegenteil. Wir werden uns auch im neuen Jahr an solche Bilder gewöhnen müssen - was für uns umso mehr Aufforderung sein sollte - uns heftig aufzulehnen, gegen eine Politik, die zu solchen Zuständen führt und den geflohenen Menschen, die zu uns kommen unsere Hand zu reichen.

Ein Lehrstück über die politische Durchsetzung von Profit-Interessen:

Das Aus für die Kolonie Oeynhausen

Den Todesstoß versetzte der Kleingartensiedlung Innensenator Henkel (CDU) in seiner Funktion als Aufsicht über die Bezirke: Die von der BVV beschlossene Veränderungssperre sei rechtswidrig, verfügte er. Damit steht der Baugenehmigung und der anschließenden profitträchtigen Bebauung rechtlich jetzt nichts mehr im Wege.

Kurz gefasst ließe sich die lange Geschichte des Kampfes um den Erhalt der Kolonie so zusammenfassen:

Das Kleingartengelände gilt seit Jahrzehnten als erhaltenswerte Grünfläche in Schmargendorf und war in den Plänen des Landes Berlin als solche gekennzeichnet. Die Post, damals Eigentümerin, verkaufte es 2008 für 598.000 € an die Tochter-Gesellschaft eines US-Hedge-Fonds, der – welcher ein Zufall - seinen Sitz im Konzernsteuer-freundlichen Luxemburg hat. Ein Schnäppchen und wohl orientiert an den Preisen für Nicht-Bauland. Der Fonds drohte nun dem Land Berlin angesichts drohender Probleme mit der bezirklichen

Baugenehmigung mit Schadenersatzforderungen in Millionenhöhe. In Rede stand ein Betrag von bis zu 50 Mio. € (!!). Zu diesem Zeitpunkt war ein das Areal für die Kleingartennutzung schützender Bebauungsplan bereits seit 2000 im Verfahren aber nicht rechtskräftig.

Schadenersatz wegen ausbleibender Baugenehmigung?

Obwohl in verschiedenen Gutachten ein Regress für den Investor zumindest als fraglich eingestuft wurde und auch durch ein neueres Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Rechtsposition der Kolonisten sich eher verbesserte, kannte der Senat keine Gnade mehr. Die Versuche

der BVV durch eine vorsorglich beschlossene sogenannte Veränderungssperre im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens die Kleingärten zu retten, scheiterten jetzt endgültig vor wenigen Wochen am Nein des CDU-Innensenators. Um Missverständnisse zu vermeiden: Der Herr Innensenator hat mit Sicherheit im Sinne seines regierenden SPD-Bürgermeisters Müller gehandelt, der sich schon lange für eine Bebauung durch Investoren dort einsetzt.

85.000 Stimmen gegen die Bebauung im Bürgerentscheid

Vor kurzem wurde das Areal an die stadtbekanntere Groth-Gruppe verkauft, die bauen will. Der US Investor dürfte mit dem Verkauf - bezogen auf den ursprünglichen Kaufpreis - sicher mindestens das hundertfache seiner Investition reingeholt haben. Genaues weiß man nicht - Vertragsgeheimnis. In dieser schon an sich haarsträubenden Geschichte fehlt noch eine - oder besser: die wichtigste - Tatsache: In einem vom Kleingärtnerverein erkämpften und in ganz Berlin erfolgreichen Bürgerentscheid sprachen sich 85.000 Menschen (77 % der Abstimmenden) für den Erhalt der Siedlung und gegen eine Bebauung aus. Es half nichts. Das Aus für die Kleingärten steht nach der Verfügung des Innensenators bevor, die Baugenehmigung dürfte „in der Pipeline sein“. Der Bezirksverband der Kleingärtner verhandelt noch wegen des Erhalts wenigstens eines Teils des Geländes für eine Kleingarten-Nutzung mit dem Investor. Als Damokles-Schwert über den derzeitigen Parzellen-Pächtern schwebt noch die gesetzliche Räumungspflicht. Womit u.a. der rückstandsfreie Abriss der Gebäude auf den Grundstücken gemeint ist. Hier drohen einzelnen Pächtern u.U. Kostenfolgen in immenser Höhe. Es scheint aber eine Einigung mit dem neuen Eigentümer in Sicht.

Das bittere Fazit der Kleingärtner-Vereins:

„Anstatt das stadtklimatische und ökologische Tafelsilber Berlins zu sichern, tragen die politisch Verantwortlichen durch ihr Handeln und bewusstes Unterlassen dazu bei, es einem Investor zum Fraß vorzuwerfen, der zusätzlich noch

Editorial

Liebe Leserin, Lieber Leser,

Nixx mit weißer Weihnacht diesmal – und auch in Zukunft. 2015 - das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturlaufzeichnungen und eine nie dagewesene Häufung der wärmsten Jahre des Planeten überhaupt in der letzten Dekade.

Jeder, der lesen oder TV gucken kann weiß um die Ursache (außer Donald Trump natürlich): Verbrennung fossiler Brennstoffe, Klimawandel (welch beschönigender Terminus), Unwetter, Dürren, steigender Meeresspiegel usw. usf. Und?

Tut sich was? Ach so: Klimagipfel in Paris!! Mit Selbstverpflichtungen der Staaten. Na, schau´ wir mal, würde der ehemalige deutsche Kaiser und mutmaßliche Fifa-Schmiergeld-Schieber Franz Beckenb. sagen und seelenruhig zum Brötchenholen in seinen SUV steigen. Wie Hunderte-Millionen andere, die in ihren Abgas-manipulierten Benzin- und Dieselkutschen davonrauschen. Einschließlich der Profiteure der Ölförderung, des Fracking, der Kohleförderung und und und.

Klingt sarkastisch? Ja, muss aber, weil sonst hört ja keiner mehr hin. P.S.: Uns Linken täte es mehr als gut, diesem für alle Menschen existenziellen Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Aber das erfordert dann von uns allen, unbequemen Wahrheiten ins Auge zu schauen: Dass unser Lebensstil in die Katastrophe führt und die Ärmsten der Armen - hier und weltweit - am meisten darunter leiden. Denken wir mal drüber nach und treffen - wir und Sie - unsere Entscheidungen - im neuen Jahr 2016.

*Herzlich,
Ihre Redaktion*

horrende Spekulationsgewinne einstreichen darf.“

Und hinzugefügt sei: Weder der zweifelsfrei zum Ausdruck gekommene Wille der Menschen in Berlin noch unsere vermeintlich so gerechte RECHTSORDNUNG stehen der politischen Durchsetzung privater Profitinteressen durch einen willfährigen Senat auf Dauer im Wege.

Heinz Balzer

(weitere aktuelle Infos auf der Web-Site der Kleingärtner-Vereins: <http://www.kleingaertnerverein-oeynhausen.de/tagebuch/>)

Haus am Lietzensee:

Schrittweise in den Ruin?

Ob der Senat den Zuschuss für das Nachbarschaftshaus am Lietzensee zu Recht ab 1.7.2015 eingestellt hat, ist immer noch nicht entschieden. Das Klageverfahren läuft weiter. Nachdem die Sozialverwaltung des Senats einen für den Trägerverein eher positiven Vergleichsvorschlag

des Verwaltungsgerichts im September ablehnte, gibt es nun einen neuen Termin zur mündlichen Verhandlung im Januar.

Der Trägerverein macht trotzdem auch 2016 weiter: Mit reduziertem Programm, das ohne öffentliche Mittel finanziert werden muss - was eigentlich gar nicht geht.



Nachbarschaftshaus am Lietzensee

Immerhin hat der Bezirk einen neuen Mietvertrag abgeschlossen - für ein halbes (!) Jahr bis Mitte 2016. Mit dem Vertrag wird die Bauunterhaltung auf den Trägerverein abgewälzt. Eine besonders phantasielose Art, die kostspielige Instandhaltung eines solchen Gebäudes auf Private abzuschieben. Wenn der Verein dieser Regelung nicht zugestimmt hätte, wäre das wohl das Aus

gewesen. Klingt nach Nötigung...

Der Ausgang dieser „Affäre“ mit dem Titel „ein jahrelang erfolgreiches Nachbarschaftszentrum wird schrittweise abgewickelt - und keiner begreift, warum,“ ist also noch nicht abzusehen. Dafür scheint die Tendenz seitens des Senats und der Bezirksverwaltung aber eindeutig: Weg damit. So kann man ehrenamtliches Engagement und selbstorganisierte Kultur- und Nachbarschaftsarbeit kaputt machen.

Wir berichten weiter.

Heinz Balzer

Besuchen Sie die Web-Site des Vereins: <http://www.nbh-lietzensee.de/>

Abriss trotz Verbots:

Wohin steuert der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf?

Als 2014 das Berliner Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum endlich in Kraft trat, war vor allem die zweckfremde Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen im öffentlichen Fokus. Von Beginn an gilt das Gesetz als „zahnloser Tiger“ und die Durchsetzung in den Bezirken hinkt. Deshalb hat die Koalition angekündigt das Gesetz verbessern, respektive verschärfen zu wollen. Wobei sie nur Meldepflichten konkretisieren will und damit nicht an die Wurzel des Übels geht.

Preiswerter Wohnraum wird zerstört

Was viele nicht wissen: Das Gesetz soll auch jetzt schon den Abriss von (preisgünstigem) Wohnraum verbieten und dauerhaften (spekulativen) Leerstand unterbinden. In der Praxis ist das schwierig, wie wir nicht erst seit dem Fall Uhlandstraße wissen. Hier wurde der Abriss von preiswertem Wohnraum gerichtlich genehmigt, obwohl an gleicher Stelle Luxuswohnungen entstehen sollen. Das Verwaltungsgericht argumentiert damit, dass ja Ersatzwohnraum geschaffen würde - wenn auch teurer, aber das sei im Gesetz nicht



Luxuswohnungsbau...

eindeutig geregelt. In diesem Fall hatte der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ausnahmsweise einen Abriss abwenden wollen. Sonst ist der Bezirk im Berliner Vergleich die Nummer Eins beim Abreißen von Wohnraum. Meine schriftliche Anfrage 17/16711 hierzu beantwortete der Senat im Sommer wie folgt: Mit Stand Juni 2015 wurden berlinweit insgesamt 42 Abrissanträge gestellt. In Charlottenburg-Wilmersdorf waren es allein 23 und allen 23 wurde stattgegeben. Nicht nur, dass hier auffallend viel Wohnraum beseitigt wird, es werden obendrein auch kaum Gebühren oder Ausgleichszahlungen für den Verlust verlangt. Obwohl dies der Gesetzgeber explizit vorgesehen hat, auch um dem wohnungspolitischen Anliegen mehr Gewicht zu geben.

Bezirk verzichtet auf Ausgleichszahlungen von privaten Eigentümern

Um es deutlich zu machen: als Bezirk mit den meisten Abrissanträgen, hat Charlottenburg-Wilmersdorf 614,- € Bearbeitungsgebühren erhoben und 0,- € Ausgleichszahlungen, wohingegen Treptow-Köpenick 164.000,- € bei 3 Abrissanträgen eingenommen hat! Kann der Bezirk oder will er nicht anders handeln? Hat er ein Konzept, um bezahlbaren Wohnraum langfristig zu sichern? Die Zukunft der Siedlung Westend, wo der private Eigentümer am liebsten abreißen und neu bauen würde, steht nach wie vor auf der Kippe. Das markante Wohnhaus von Gottfried Böhm in der Fasanenstraße konnte nur durch den Denkmalschutz gerettet werden, vorerst. Wohin steuert der Bezirk, wenn nicht einmal die zur Verfügung stehenden wohnungspolitischen Instrumente Anwendung finden? Während die City West als Hochhausstandort glitzern soll, verschärft sich die ohnehin angespannte Wohnsituation zusehends und niemand außer den

Investoren verdient daran.

Soziale Wohnungspolitik statt Investorenschutz

Wie soll eine soziale Wohnungspolitik in Berlin gelingen, wenn bezirkliche Baubehörden das Recht nicht oder unzureichend nutzen und den Investoren die Stadtentwicklung überlassen? Nach dem zweiten Weltkrieg sollte (nicht nur) Westberlin großflächig „umgestaltet“ werden - autogerecht, modern und später postmodern. In den 60er Jahren regte sich Widerstand, es entstand eine Bewegung gegen die „Kahlschlagsanierung“. So konnten viele Abrisse gestoppt und ein Umdenken erreicht werden. Das war der Ursprung der behutsamen Stadterneuerung. Nur deswegen kann man in SO36 oder am Klausenerplatz noch relativ günstig im Altbau wohnen!

Der Mietervolksentscheid war eines der wichtigsten stadtpolitischen Ereignisse in diesem Jahr. Mit dem halbherzigen Wohnraumversorgungsgesetz der Koalition ist das Thema nicht vom Tisch. Schon gar nicht angesichts des anhaltenden Zuzugs und des ungebremsten Appetits der Investoren. Stadtgestaltung jenseits von Abrissen und Wohnungspolitik für Menschen mit kleinem Geldbeutel sind gerade für die DIE LINKE in Charlottenburg-Wilmersdorf wichtige Anliegen!

Kathrin Lompscher, MdB

ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus



...in Charlottenburg

Deutschkurse für Geflüchtete - kleiner Schritt in eine bessere Zukunft

Das Ökumenische Zentrum ‚Wilma163‘ bietet seit einem Jahr Deutschkurse für Geflüchtete an. Wir haben sie besucht und befragt. Das fiel uns nicht schwer, denn die Kurse finden z.T. auch in den Räumen unserer Geschäftsstelle DIE LINKE.Charlottenburg-Wilmersdorf unmittelbar in der Nachbarschaft des Zentrums statt.

Die Teilnehmer aus all den fremden Welten, deren Namen wir seit Monaten auswendig kennen, sind dankbar und nutzen dieses Angebot ausgiebig. In kleinen Gruppen kann hier sprechen praktiziert, Sprache und Umwelt erfahren werden. Die Kurse sind Treffpunkt, Kommunikations- und Hilfsplattformen für die unmittelbar wichtigsten Fragen. Kein Zweifel - die Initiativen, die hier und anderswo gestartet wurden, waren neben den unmittelbaren Hilfsleistungen bei der Ankunft der bisher wichtigste Beitrag zu einer Willkommenskultur, mit der sich plötzlich selbst Senator Czaja schmückt, der permanent mit seinen Mitteln dagegen gewirkt hat. Vollbracht und geleistet haben es - in unserem Fall - die fast 40 Lehrerinnen und Lehrer, die unermüdlich organisierend und lehrend das Programm gestalten, die Kurse durchführen und für die vielfältigen Sorgen ihrer ‚Schülerinnen und Schüler‘ ein offenes Ohr mitbringen. Wir haben mit zweien von ihnen gesprochen Gaby G. und Richard N. und sie befragt:

Sie bieten ehrenamtlich kontinuierlich diese Deutschkurse an. Wieviel Arbeit, welcher Aufwand mit Vorbereitung und Fahrzeiten steht hinter diesem Angebot? Wieviel Prozent Ihrer wöchentlichen Arbeitszeit müssen Sie dafür einsetzen?

Die meisten von uns geben an 2 Tagen der Woche jeweils 2 Stunden Unterricht. Mit Vorbereitung und Anfahrt sind das 2 halbe Tage - sie fahren dafür oftmals weit an. Manche machen mehr, aber alle sind motiviert, weil die Sinnhaftigkeit für die Teilnehmer und ihre Motivation sehr hoch ist. Die Kleingruppenarbeit hätten wir uns, als wir noch in der Schule arbeiteten, sehr gewünscht. **Welches war der Anlass und ihre Motivation, dieses Angebot zu machen und diese Leistung fortge-**

setzt zu bringen? Und sind sie jetzt - nach wieviel Wochen? - überzeugt, dass sich Ihr Einsatz gelohnt hat?

Das Ökumenische Zentrum hatte u.a. mit einer Anzeige in der GEW-Zeitung BBZ geworben und die Mehrzahl der Unterrichtenden kommt auch aus dem GEW-Umfeld. Wir sind jetzt - im Januar - ein Jahr tätig und wissen nunmehr aus Erfahrung, wie grundlegend wichtig und hilfreich diese Initiative ist. Wir sind froh, dass wir nicht die Einzigen sind, sondern in ganz Berlin und in anderen Städten solche Angebote entstanden sind.

Wie hat sich die Beteiligung der Geflüchteten entwickelt?

Die Beteiligung leidet verständlicherweise unter starker Fluktuation, da Registrierung, Umzüge und viele tägliche Probleme, die eine kontinuierliche Beteiligung erschweren.

Die Beteiligung ist sehr gut. Im Unterschied zu Frauen aus Balkanländern und dem Iran, sind Frauen aus arabischen Kulturkreisen weniger beteiligt. Da jetzt Volkshochschulen Kurse unentgeltlich und mit Zertifizierungsmöglichkeit anbieten, ist die Beteiligung leicht zurück gegangen.

Der Unterricht mit Menschen, die kein Wort deutsch sprechen konnten und sehr verschiedene Muttersprachen beherrschen, ist sicher ein Kunststück. Wie bewältigen Sie dieses Problem? Woher haben Sie die dafür geforderte Qualifikation?

Es ist in der Tat kein kleines Problem, aber wir sind durch unsere Ausbildung und frühere Tätigkeit flexibel genug, um damit umgehen zu können. Am Anfang haben wir tatsächlich mit ‚Händen und Füßen‘ gearbeitet. Aber wir sind natürlich mit dem Einsatz der diversen Medien und Methoden gut vertraut.



Deutschkurse



Welches sind nach Ihren Erfahrungen die größten Probleme und Sorgen der Geflüchteten?

Es überwiegen weitaus zwei Probleme: eine Unterkunft zu finden, in der man - zwar durchaus mit Anderen - in einer individuell geschützten und gestaltbaren Umgebung wohnen kann und dann das Problem, dass eine Familienzusammenführung noch völlig offen ist. In diesem Zusammenhang bitten wir alle Menschen, politisch darauf Einfluss zu nehmen, dass die (zumindest zeitweise) Aufhebung des Zusammenführungsverbots im Bundestag durchkommt.

Ihre Erfahrungen, die Sie bisher gemacht haben, wären für andere Lehrerinnen und Lehrer sicher eine Bereicherung. Gibt es einen Austausch unter diesen? Werden noch mehr Lehrerinnen und Lehrer gebraucht, die man mit diesen Erfahrungen werben könnte?

Wir stecken noch zu tief in den täglichen Herausforderungen, um uns darum kümmern zu können. Wir arbeiten aber daran, unsere Erfahrungen aufzuschreiben. Wir können u.U. auch Studierende gewinnen, diese Arbeit unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten zu verfolgen.

In diesem Zusammenhang möchten wir betonen, dass unsere Erfahrungen ja auch nur ein kleiner Teil der Erfahrungen sind, die jetzt unsere ganze Gesellschaft machen kann im Umgang mit Menschen aus anderen Kulturen und in prekärer Lebenssituation. Auch wir können und sollten dabei viel lernen, indem wir unsere eigenen Lebensumstände einmal relativieren. So gesehen ist die Ankunft so vieler Geflüchteter eine Chance für uns, einmal über den Tellerrand zu schauen.

Wir danken Ihnen für dieses Gespräch und wünschen Ihnen weiterhin viel Kraft und Erfolg für Ihre Arbeit.

Das Interview führte Eckhard Dietz

Elektromobile statt Fossile

Das Ende des fossilen Automobilwahns ist nicht in Sicht. Stattdessen seit Jahren nur hinhaltendes Gerede der tonangebenden Parteien CDU/CSU/SPD von Konferenz zu Konferenz.

Wenn gehandelt wird, dann nur im Interesse der Autokonzerne. Die Liste dafür ist ellenlang. So die – einige Jahre ist's schon her - Abwrackprämie zur Steigerung der Profite der Autokonzerne oder ständig verschleppte Maßnahmen von Bund und Ländern zu sauberer Luft (wogegen jetzt die Deutsche Umwelthilfe zurecht klagt). Mit steigenden Gesundheitskosten durch Lärm, giftige Stickoxide und Feinstäube. Dazu kommen zuhauf staatlich geförderte Plattformen, Netzwerke und Förderprogramme für einen Antriebs- und Verkehrswechsel, die mehr im eigenen Saft schmoren mit ihren Ergebnissen, weil die Vorfahrt immer noch Benzin- und Dieselfahrzeugen gehört. Dazu passt als Höhepunkt im Profitpoker der VW-Abgasskandal. Bewusst und willentlich wurden hier im Konkurrenzkampf mit den Motormanipulationen Klima- und Gesundheitsschäden in Kauf genommen. Sage niemand, Bundesregierung und Kraftfahrtbundesamt hätten von nichts gewusst.

Alternativen zum Verkehrsumbau werden ignoriert

Im gleichen Atemzug werden ernst zu nehmende Alternativen für einen Verkehrsumbau von Politik, Medien und Autokonzernen entweder wortreich zerredet oder beschwiegen. So zuletzt im Jahre 2014 das Verbändekonzept von WWF, VCD & Co für einen klimafreundlichen Verkehr bis 2050 mit starkem Ausbau des ÖPNV, Verkehrsvermeidung und Halbierung von heute 44 Millionen auf künftig 22 Millionen PKW; mit Elektromobilität ein zentraler Baustein auf diesem Weg. Um möglichen Absatzklemmen und dem ramponiertem Ansehen der Automobilbranche zu entkommen, ist nun der Ruf zum Bau von Elektroautos lauter geworden. Zumal sich am Horizont global neue Wachstumsmärkte für Elektroautos abzeichnen.

E-Autos: Profit für die Autokonzerne

Das trifft sich gut mit dem schon länger bestehenden Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Bis 2030 sollen es nun gar sechs Millionen werden. Schöne Ziele, längst auch im Interesse der Autokonzerne und sie passen wie die berühmte Faust auf's Auge zu den skandalös verheimlichten und erhöhten CO₂-Abgaswerten der Autos des VW-Konzerns. Den Konzernen geht es nur darum, den Flottenverbrauch der modern aufgeputzten fossilen Dinosaurier zu senken, damit die von der EU vorgegebenen CO₂-Ziele erreicht werden. Da reicht es allemal, wenn die teuren Fahrzeuge wie mit der Gießkanne über das Land verteilt verkauft werden. Egal ist zudem, wie häufig sie genutzt werden.



Elektro-Auto

Elektromobilität sinnvoll in ÖPNV und Ballungszentren einsetzen

Sinnvoll wird das Ganze aber nur, wenn Elektromobilität gleichzeitig für gesündere Luft und weniger Lärm in Großstädten und Ballungszentren mit ihrem vielen Stop-and-go Verkehr sorgt! Deshalb ist der Einsatz von Elektrofahrzeugen dort vorrangig. Nur dann kommen die Vorteile des Elektroantriebs voll zur Geltung. Und es sollten zudem Fahrzeuge sein, die täglich viel unterwegs sind. Das sind in erster Linie Busse im ÖPNV (öffentlicher Personen-Nahverkehr), dann Taxen, Mietwagen, Car-Sharing Flotten, Handwerk, Dienstleister und innerstädtischer Lieferverkehr. Gerade Elektrobusse kommt eine herausragende

Funktion für gesündere Luft zu. So reduziert ein Elektrobus den Ausstoß an Kohlendioxid um die gleiche Menge wie 60 Elektroautos. Ganz zu schweigen von weniger Lärm, Stickoxiden und Feinstäuben. Statt einer Million Elektroautos bräuchte man nur 17 000 Elektrobusse, um die gleiche Wirkung zu erzielen. Allein in Berlin betreibt die BVG insgesamt mehr als 1400 fossile Busse, die gegen E-Busse ausgetauscht werden könnten.

Ohne Ökostrom keine E-Mobilität fördern

Der gezielte Einsatz von E-Bussen und Elektroautos lässt sich politisch leicht durchsetzen: steuerliche Erleichterungen bei Kauf und Betrieb, Fördermittel und günstige Beschaffungskredite für den ÖPNV. Und die heutigen Batterien reichen für die täglichen Kilometerleistungen im innerstädtischen Verkehr sommers wie winters allemal. Nur eines muss klar sein: Für den Betrieb von Elektrofahrzeugen ist nur erneuerbarer Strom aus geeigneten Quellen zu verwenden. Mit Strom aus dem deutschen Energiemix, der nur langsam grüner wird, kommen die Vorteile der Elektromobilität noch auf viele Jahre nicht voll umfänglich zum Tragen. Dann werden vor allem die Schornsteine der Kohlekraftwerke zum Auspuff für Elektrofahrzeuge.

Dr. Detlef Bimboes,

Mitglied der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE.



Elektro-Bus

Eine Langfassung dieses Beitrages findet sich unter <http://www.oekologische-plattform.de/?p=118842>

Conni, Helmut Schmidt und DIE LINKE.



Es gibt einen Klassiker der Kinderliteratur der BRD, insbesondere für Mädchen: Conni. Diese Buchreihe wird getragen von einem Mädchen namens Conni. Darin finden sich lebensnahe Probleme von Heranwachsenden (Geschwisterkind, Schwimmunterricht, Haustierfragen etc.) und das ganze spielt sich in einem fast schon steinzeitlich anmutenden Mutter-Vater-Kind-Haushalt, samt Ernährermodell wie im Nachkriegswohlfahrtsstaat, ab. Der Vater geht arbeiten und kommt dementsprechend nicht aktiv vor, während „Mami“ kocht, wäscht, streichelt, putzt und organisiert.

Egal könnte einem das sein, wenn nicht die Realität meiner Tochter auch durch dieses vermaledeite Buch geprägt und Erwartungshaltungen manifestiert würden. Denn was bei Conni normal ist, sollte schließlich - gemäß der Gangart zur Etablierung von „Normalitäten“ - auch in aller Kinder heiler Welt normal sein. Hierin findet sich ein Kulminationspunkt des zeithistorischen Gendertroubles: Geschichten decken sich nicht mit der - wie bspw. meiner - Realität und die Zukunft ist genau das, was DIE LINKE zu verändern angetreten ist. Und so treffen sich auf dieser conniistischen Problemfolie sehr reale Alltagserfahrungen: während mein Kind quengelt warum ich so wenig mit ihr spiele, zeigen mir stolze Genossen-Papas auf Parteitag Fotos ihrer Kinder auf Smartphones und es finden etliche spannende Abendveranstaltungen ohne mich statt. Das Problem sind also die vielschichtigen Erwartungshaltungen, die vor allem einer Realität nicht entsprechen: der von engagierten und viel beschäftigten Müttern.

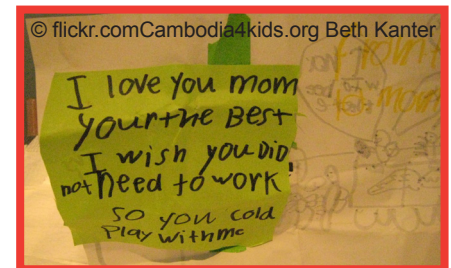
Unsere Alltagserfahrungen gleichen einem ewigen Kampf gegen die Norm. Gesteigert wird dieser Druck im Bereich linker Politik auch durch die imaginierte „Normalität“ des 24-Stunden-Politikaktiven - wer kann dem gerecht werden?

Weil meine Partei, solange ich sie kenne, immer wieder auf das Problem fehlender weiblicher Kandidaturen zurückgeworfen ist, stellte sich jüngst in einer Diskussion die Frage: Hat DIE LINKE. eigentlich ein Frauenproblem oder ein Männerproblem?!

„Der Jahrhundertmann“, „Der Jahrhundertlotse“ oder „Mit dem Tod Helmut Schmidts haben die Deutschen eine Vaterfigur verloren“ - das durften wir nach dem Tod dieses „Staatsmannes“ im Magazin Der Spiegel lesen. Im selben Magazin findet sich ein Artikel mit der Überschrift: „Die verspätete Kanzlerin - Angela Merkel ist zehn Jahre im Amt und erst jetzt werden die Umrisse ihrer Ära deutlich“. Reden wir über die Frau, die inzwischen die längste Zeit eine Kanzlerschaft der BRD innehat und die neoliberale Architektur Europas entscheidend zu verantworten hat?

Zugegeben: ein Vergleich von DER SPIEGEL mit dem Kinderbuch ist vermessen und dennoch lässt sich hier ablesen, was auf diese „Kinderliteratur“ als anschlussfähiges Erwachsenenformat folgt. Auch als entschiedene Gegnerin von Merkel und Co. muss einem dieser Umgang zu denken geben, auch weil sich hierin immer wieder Unterschätzung breit macht, die schließlich zum allgemeinen Überraschtsein über Merkels Erfolgsgeheimnis führt und dem gegenüber bislang auch noch nicht zum Bruch der gesellschaftlichen Hegemonie mit der CDU und „Mutti“ geführt hat. Diese Schlagzeilen illustrieren das Männerproblem, welches wir in der Politik haben. Die Ikonisierung und Überhöhung findet fast ausschließlich bei männlichen Persönlichkeiten statt und konterkariert die Idee einer geschlechtergerechten Gesellschaft und hintertreibt den feministischen Kampf. Damit dieser starre Gesellschafts-

zustand keine sich auf ewig immer wieder neu erfüllende Prophezeiung bleibt, muss auch DIE LINKE. weg von Winkeln und Ein-Mann-Shows! Und noch ein Relikt aus der fordistischen Steinzeit sollte als von Männern getragenes Ethos angezählt werden. Abgesehen davon, dass es auch für den Neoliberalismus wunderbar anschlussfähig war und ist: Der Arbeitsfetisch... Nicht nach Hause gehen [können!], arbeiten bis der Arzt kommt und damit obendrein auch noch der protestantischen Ethik a la, „Wer nicht arbeitet soll nicht essen“ - Logik den Weg bereiten! Jungs, so wird das nichts! Die real existierenden Ungleichberechtigungen zwischen den Geschlechtern anerkennen, heißt auch die real existierenden Ungleichverteilungen mit in die politische Arbeit und die Verteilung dieser einbeziehen. Das heißt also: Das historisch gewachsene und gesellschaftlich manifeste Männerproblem ernst nehmen und gezielt versuchen aufzubrechen. Das vermeintliche Frauenproblem ist ein Männerproblem und die gute Botschaft ist: Ohne die Auflösung des einen, wird es die Auflösung des anderen nicht geben und wer das eine nicht wahrhaben will, wird das andere automatisch vergrößern.



Braucht es vielleicht mehr Mitwirkungsangebote und Aktivitäten, mit konkreten Themen, um die wenige verfügbare Zeit von Mitgliedern, also auch engagierten Vätern und anderen vielbeschäftigten Menschen, fokussiert zu nutzen? Braucht es darüber hinaus eine Wertschätzung dieser Aktivitäten, wo niemand sich als exorbitant engagiert verobjektiviert (z.B. Gremienarbeit, Arbeitskreisaktivitäten, Geschäftsstellenpräsenz etc.), womit auch Lohnarbeitende und verschiedene Formen von Care-Arbeit leistende Personen explizit eingeschlossen wären?

Wollen wir als Partei nicht aussterben, müssen wir nicht nur Revolution schreien, sondern auch die stärken, die nicht auf jede Demo und zu jeder Abendveranstaltung rennen und sich in anderen Lebenswelten und anderen Zeitabläufen bewegen. Genau deshalb wird die Attraktivität unserer Partei davon abhängen, wie es ihr gelingt, die Widersprüche zwischen Mensch und kapitalistischer Gesellschaft aufzuzeigen und für die eigene Arbeit mitzudenken und erst so eine eigene „Normalität“ zu schaffen. Diese muss freilich gesellschaftliche Normalitäten einbeziehen und gleichermaßen die sich diesen Normalitäten bewusst entziehenden Menschen ansprechen. Das klingt fast schon größenwahnsinnig, aber nichts Anderes kann man von einer sozialistischen Organisation im Kapitalismus erwarten...

Katalin Gennburg

Hinweis der Redaktion:

Die Idee zu dem vorstehenden Beitrag entstand in Zusammenhang mit der Aufstellung der Listen für die Wahlen zur Bezirksvertretung Charlottenburg-Wilmersdorf im September 2016. Die Partei DIE LINKE hat sich selbst verpflichtet bei allen Wahlen und in allen Gremien einen Frauenanteil von mindestens 50% gleichwertig vorzusehen.

Ein Buchtipp:

Der „Stutti“ von innen betrachtet

Wo die Alt-68er ins Schwärmen kommen

STUTTI - warum heißt er eigentlich „Stuttgarter“ Platz; und warum eigentlich „Platz“? Dass er nicht einmal ein „Platz“ ist, kann jeder Taxifahrer mit Nachdenkfalten auf der Stirn bestätigen. Soll man von Mafia-ähnlichen Aktivitäten der Immobilien-Großfamilien Schrobendorff und Mugdan vor Ort sprechen? Verliert der Stutti seinen Ruf als „Rotlicht-Milieu“?

Wer Fragen zu Charlottenburgs eigenartigstem „Fundstück“ hat, greife zum Buch Bruchstücke. Stuttgarter Platz, (antiquarisch z.B.



Der `russische Laden` am S Bahnhof

über www.ZVAB.de oder in öffentlichen Büchereien erhältlich, 201 S., Omnis Verlag, Berlin 1999). Herausgegeben von der damaligen Leiterin des Heimatmuseums Charlottenburg, Birgit Jochens unter Mithilfe von zahlreichen „Stutti-Freunden“, mit eigenem Arbeitskreis im Heimatmuseum Charlottenburg. Es sind dies: Ute Becker, Peter Eberhard, Margrit Ernst, Barbara Kasper, Nina Neumaier, Ursula Richard, Pico Risto und Peter Siebke. Manche dieser Fans haben für das Buch auch eigene Erlebnisse und Erinnerungen niedergeschrieben.

Das Buch ist in 12 Kapitel eingeteilt, wobei es ratsam ist, es in chronologischer Reihenfolge zu lesen, beginnend mit von der Herausgeberin verfassten Einleitung, die eine sehr gute Kapitel-Orientierung bietet und inhaltliche Zusammenfassung vornimmt. Der Stutti wird nicht nur architektonisch unter die Lupe genommen, sondern auch seine Bewohner von einst bis heute werden vorgestellt, inklusive der entsprechenden Mieter- und Häusergemeinschaften; die lokalpolitischen Konflikte (Wer gegen wen? und Warum?) kommen zur Sprache. Transparenz ist allemal angesagt, selbst ein Miteigentümer des einem Kollektiv gehörenden „Gasthaus Lentz“ darf jammern - wenn auch auf hohem Niveau.

Dass das Buch nicht das Werk eines Solisten ist, dokumentiert das Inhaltsverzeichnis, wo zusätzlich die damalige Bezirksstadträtin Beate Profé und Architekt Bernd Albers als Autoren aufgelistet sind. Kurzum: Das Wissen und die Erfahrung eines ganzen Kiez-Kollektivs steckt

in diesem Buch. Wunderbar sind die Porträts einzelner Häuser, so dass man geradezu animiert wird einen kleinen Ausflug einzulegen: Im Eckhaus zur Kaiser-Friedrich-Straße tobte sich zu Zeiten der 68er Studentenbewegung die berühmt-berühmte „Kommune 1“ aus. Mit dem späteren Profikurier- Radfahrer Fritz Teufel, dem einem Waldschrat ähnelndem Dieter Kunzelmann und Lockenwicklerköpfchen Reiner Langhans samt „Covergirl“ Uschi Obermaier - unter großer Anteilnahme der Springer'schen Boulevard-Presse. Man muss dies sicherlich nicht wissen, aber es gehört zum Stutti wie heute die Import- und Exportläden-Szenerie. Und nicht zu vergessen - das Gasthaus „Lentz“, traditionell Wohnstube (Geburts- Bestattungsort?) vieler „Stuttianer“.

Was bleibt nach der Lektüre des Werkes? Wir wissen, der Stutti war zwischen den beiden Weltkriegen ein „vornehmes Wohnviertel“ (S. 17), ist heute „ein Platz mit hoher Aufenthaltsqualität“ (S. 27) mit mehreren Baudenkmalen. Viele Künstler und Kulturschaffende hatten hier ihr Zuhause (S. 71 ff.). Doch Achtung! Die Herausgeberin konstatierte offen und sachlich: Es gibt weiterhin „Forschungsbedarf“ (S. 19); vor allem, wenn es um den antifaschistischen Widerstandskampf gegen die Nazis geht. Da müsste doch für die Linke was zu machen sein!...

Horst Löffler



Lang ist's her, Domizil der Kommune 1 am Stutti

Nachdenkseiten

Seit vielen Jahren ein guter Platz für tägliche Nachrichten aus vielen Zeitungen und Publikationen, die aus linker Sicht – vor allem wirtschafts- und gesellschaftspolitisch - von Bedeutung sind. Und das sind bekanntlich sehr viele. Regelmäßig entlarven die Nachdenkseiten die zahlreichen Nachrichtenmanipulationen und -entstellungen der JournalistenInnen unserer „Qualitätspresse“ einschließlich TV usw. Und: Sie sind parteiisch. Allen, die politisch links denken und an Aufklärung im Nebel der meist merkwürdig ähnlich klingenden Kampagnen der Medien interessiert sind, seien Sie dringend empfohlen.

In Charlottenburg existiert seit Jahren ein (parti-)politisch unabhängiger Gesprächskreis, der - angeregt durch die Nachdenkseiten - den Dingen auf den Grund geht und diskutiert. Jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat, 19 Uhr, in der Regel im Restaurant Galija, Otto Suhr Alle 132 (in der Nähe des Schlosses). Wer die Einladungen bekommen will: Bitte eine Mail senden an: thilo.haase@gmx.de



Berlin steht vor großen Herausforderungen.
Gehen wir sie mit Mut, Elan und Zuversicht an!
Wir freuen uns auch 2016 auf eine gute Zusammenarbeit.

www.linksfraktion.berlin

DIE LINKE.
IM ABGEORDNETENHAUS
VON BERLIN

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Charlottenburg-Wilmersdorf
Behaimstraße 17, 10585 Berlin

V.i.S.d.P.: Eckhard Dietz

E-Mail: vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Redaktionsschluss: 29.12.2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Design & Layout: Ljubalicious Design - ljubalicious-design.de

Termine

Samstag, 09.01. | 19 Uhr

Brauchen wir einen Plan B? Wie weiter mit Euro und EU?

Sozialistische Linke
mit Gesine Schwan und Oskar Lafontaine
DGB Haus Berlin, Keithstraße 1

Sonntag, 10.01. |

09:00 - 13:00 Uhr

Am Sonntag zu Rosa und Karl
Gedenkstätte der Sozialisten

Mittwoch, 13.01. | 19 Uhr

Frieden schaffen - mit welcher Außenpolitik?

Referent: Tobias Pflüger
DIE LINKE Charlottenburg-Wilmersdorf; Mitgliederversammlung

Freitag, 15.01. | 19:00 Uhr

No Border, No Nation? - die Linken und die Nation

Referent: Andreas Wehr
Marx-Engels-Zentrum, Spielhagenstr. 13, Charlottenburg

Samstag, 16.01. | 12:00 Uhr

Wir haben es satt

Demonstration Treckerzug Kundgebung Potsdamer Platz (Kundgebung)

Samstag, 16.01. | 10:00 Uhr

Basiskonferenz: wir arbeiten mit am Wahlprogramm

Landesverband DIE LINKE
Alte Börse

Montag, 25.01. | 18:00 Uhr

Wahl der Delegierten für den Bundesparteitag

der Bezirksverbände Steglitz-Zehlendorf, Spandau, Charlottenburg-Wilmersdorf, Reinickendorf, Rathaus Charlottenburg, Lily-Braun-Saal

Freitag, 05.02. | 19:00 Uhr

Friedenswinter, Montagsmahnwachen, Ramsteiner Appell - die Kriegsgefahren wachsen, was macht die Friedensbewegung?

Referenten: Reiner Braun, Geschäftsführer der International Association of Lawyers against Nuclear Arms (IALANA) und Pedram Shahyar, Redakteur bei KenFM
Marx-Engels-Zentrum, Spielhagenstr. 13, Charlottenburg

Jeden Donnerstag |

10:00 - 12:00 Uhr

Wir kümmern uns:

Frühstück & Hilfe Hartz IV, Sozialberatung - Betroffene helfen Betroffenen.

Und an jedem 1. und 3. Dienstag des Monats ab 17:00 - 19:00 Uhr

Wenn nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen in der Geschäftsstelle der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf, Behaimstraße 17, statt.